hinterGRÜNde

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag

Ausgabe 02/2022

SICHER IN DIE ZUKUNFT

FÜR EIN KRISENFESTES THÜRINGEN

WIRTSCHAFTSNAHE FORSCHUNG IN THÜRINGEN

Bindeglied zwischen Grundlagenforschung und Industrie

4

SOLIDARITÄT MIT DEN MENSCHEN AUS DER UKRAINE

Integration in Gesellschaft und Schulen

5

WIR SIND UNSCHLAGBAR

Maßnahmen gegen häusliche Gewalt

6/7

Liebe Leserinnen und Leser,

„Sicher in die Zukunft“ – unter diesem Titel steht unsere neue Ausgabe der hinterGRÜNde. Nach dem von Putin gestarteten Angriffskrieg gegen die Ukraine suchen viele Menschen Schutz in Deutschland. Es liegt in unserer Verantwortung, Geflüchtete menschenwürdig aufzunehmen. Gerade für die Jüngsten gilt es ganz besonders, seelischen Beistand sowie das Recht auf Bildung zu gewährleisten. In meinem Beitrag geht es um genau diese Themen – und was es aus unserer Sicht nun in Schulen und Kindergärten für die bestmögliche Integration der ukrainischen Kinder braucht.

Wenn es um die Innere Sicherheit geht, dreht sich die Debatte meist um Gesetzesverschärfungen, die Erhöhung des Strafrahmens oder Verbote. Unsere Fraktion hingegen setzt bei diesen Themen, statt auf Populismus, auf einen wissenschaftsbasierten und bürger*innenrechtsfreundlichen Ansatz ab. Wir wollen vielmehr die Zivilgesellschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, setzen auf Integration statt Ausgrenzung und die konsequente Verfolgung rechter, rassistischer und menschenfeindlicher Gewalt.

Die Doppelseite widmet sich in dieser Ausgabe der Sicherheit in den eigenen vier Wänden. Auch im zweiten Jahr der Pandemie wird ein deutlicher Anstieg von Fällen häuslicher Gewalt verzeichnet. Um notwendige Strategien und Maßnahmen gegen häusliche Gewalt und zur Umsetzung der Istanbul-Konvention herauszuarbeiten, organisierten wir als Fraktion am 20. Mai unseren zweiten Kongress unter dem Motto: WIR SIND UNSCHLAGBAR.

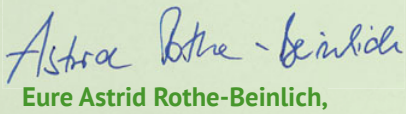
Ein Thema, das unsere landwirtschaftspolitische Sprecherin Babette momentan umtreibt, sind die steigenden Bodenpreise für Ackerland und die Ernährungssicherheit. Eine besondere Herausforderung stellt dabei die Übernahme landwirtschaftlicher Betriebe durch große Investoren dar. Aus diesem Grund veranstaltete sie bereits im April ein Fachgespräch, wie Agrarstruktur gestaltet werden könnte, damit Ackerland auch sicher in Bauernhand bleibt.

Unser wirtschaftspolitischer Sprecher Olaf startete bereits im Mai seine Sommertour und besuchte wirtschaftsnahe Forschungsinstitute in Thüringen. Diese sind das wichtigste Bindeglied zwischen Grundlagenforschung und der Industrie und sichern Innovation sowie Weiterentwicklung der klein- und mittelständischen Unternehmen in Thüringen.

Im Text unserer verkehrspolitischen Sprecherin Laura liegt der Fokus auf der autofreien Mobilität – welche Optionen existieren, woran wir im Landtag momentan arbeiten und was sich künftig aus bündnisgrüner Sicht noch ändern muss. Wie kann sichere und alternative Mobilität für alle, jenseits des PKWs, aussehen?

Wenn Ihr die neue hinterGRÜNde erhaltet, starten gerade die Sommerferien in Thüringen. Mit dem vom Bund initiierten 9-Euro-Ticket kann ganz Deutschland erkundet werden. Aber auch Thüringen hat viele schöne Ecken zu bieten. Wir haben auf der vorletzten Seite Reisetipps gesammelt – egal ob zu Fuß, zu Rad oder auf dem Wasser – Thüringen ist immer wieder einen Urlaub wert!

Wir wünschen Euch eine schöne und erholsame Sommerzeit und viel Spaß beim Lesen!



Eure Astrid Rothe-Beinlich,
Fraktionsvorsitzende

Inhalt

Editorial 2

Mobilität für alle –
Alternativen zum eigenen Auto stärken 3

Sommertour durch wirtschaftsnahe
Forschungsinstitute 4

Solidarität mit den Menschen aus der Ukraine 5

WIR SIND UNSCHLAGBAR –
Strategien und Maßnahmen gegen
häusliche Gewalt 6/7

Bürger*innenrechte stärken 8

Wie weiter mit der Thüringer Agrarstruktur? 9

Ferien in Thüringen 10

Termine 11

MOBILITÄT FÜR ALLE – ALTERNATIVEN ZUM EIGENEN AUTO STÄRKEN

Während 1990 noch rund 30 Millionen Autos in Deutschland zugelassen waren, sind es heute mehr als 45 Millionen. Diese zusätzlichen Autos merken wir alle: Daran, dass die Parkplatzsuche immer schwieriger wird und die Gehwege für Fußgänger*innen unpassierbarer werden. Daran, dass Autofahrer*innen im Vergeich zu früher viel häufiger im Stau stehen. Und natürlich an den gestiegenen CO_2-Emissionen im Verkehrssektor, der als einziger Sektor Klimaschutzziele verfehlt.

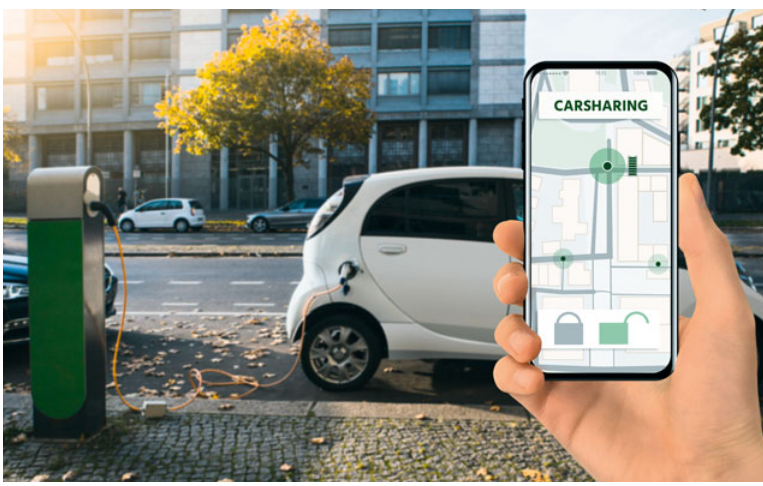
Unsere Gesellschaft hat sich vom Auto abhängig gemacht und an vielen Orten ist flexible Mobilität ohne Auto gar nicht mehr machbar. Gerade für junge Menschen und für Ältere im ländlichen Raum sowie jene, die sich ein Auto nicht leisten können, ist dies ein Problem. Deshalb ist es notwendig, Daseinsvorsorge ernst zu nehmen und die klimafreundlichen Mobilitätsformen zu stärken. Wir wollen dafür sorgen, dass Menschen eine wirkliche Wahl haben.

Bedeutsam ist hierfür vor allem die Stärkung des ÖPNV. Expressverbindungen, wie die landesbedeutsamen Buslinien, aber insbesondere kreisübergreifende Busnetze sind hierfür zentral. Mit unserer grünen Mobilitätsgarantie wollen wir dafür sorgen, dass es auch im entlegensten Winkel Thüringens noch ein Angebot gibt. Eine Erhöhung der Investitionen ins Schienennetz fordern wir seit Jahren. Es ist daher gut, dass die Landesregierung mit dem „Masterplan Schiene 2030“ endlich acht Strecken in Thüringen auf ihr Reaktivierungspotenzial untersuchen lässt.

Auch der Ausbau von Radwegen muss in den Fokus genommen werden. Erst kürzlich hat eine Untersuchung gezeigt, dass bereits heute für elf Prozent der Thüringer*innen das E-Bike die beste Mobilitätslösung ist. Mit elektrischem Antrieb werden auch längere Wege für den Radverkehr attraktiv – wenn es die entsprechende Infrastruktur gibt. Wir fordern als grüne Landtagsfraktion daher dringlich den Ausbau von Radwegenetzen in Städten und im ländlichen Raum: sowohl sichere Radwege an Landstraßen, wie gute Verbindungen zwischen den Dörfern. In anderen Bundesländern werden bereits Radschnellwege gebaut. Daran müssen wir uns orientieren.

Die beste Ergänzung zum ÖPNV, Fuß und Fahrrad ist das Carsharing. Damit in Kommunen das Carsharing finanziell zu fairen Preisen angeboten werden kann, ändern wir im Landtag gerade das Thüringer Straßengesetz. Um Carsharing in Thüringen in weitere Städte auszuweiten, wäre es wichtig, dass Verwaltung und Unternehmen diese Möglichkeit als Alternative zu Dienstwagen nutzen.

Mit dem Ausbau dieser Angebote eröffnen wir den Thüringer*innen die Möglichkeit, sich für alternative Optionen zum eigenen PKW zu entscheiden: Wer umsteigen kann, für die*den lohnt sich das heute schon in den meisten Fällen. Für alle anderen, insbesondere im ländlichen Raum, arbeiten wir als Grüne auf allen Ebenen daran, das zu ermöglichen.



SOMMERTOUR DURCH WIRTSCHAFTSNAHE FORSCHUNGSINSTITUTE

Olaf Müller zu Gast bei der GFE e.V. in Schmalkalden

Neben Gesprächen stand die Besichtigung der Institute und deren Arbeit im Vordergrund.

Seine diesjährige Sommertour widmet unser Landtagsabgeordneter Olaf Müller, der auch wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion ist, den wirtschaftsnahen Forschungsinstituten in Thüringen. Die Besonderheit dieser Forschungseinrichtungen liegt vor allem bei der Finanzierung. Im Gegensatz zu Instituten der Grundlagenforschung erhalten sie keine staatliche Sockelfinanzierung, sondern speisen sich aus Mitteln der Projektförderung und einem Anteil, den die Unternehmen selbst tragen müssen. Das Verhältnis beträgt hierbei ca. 70 zu 30 Prozent.

Organisiert sind die Institutionen im Forschungs- und Technologieverbund Thüringen (FTVT), der wiederum zur ZUSE-Gemeinschaft gehört. Forschungsgegenstand ist die praxisnahe Forschung, bei der von den Unternehmen gewünschte Innovationen direkt untersucht und später vermarktet werden können. Damit sind sie das wichtigste Bindeglied zwischen Grundlagenforschung und der Industrie im Freistaat. Andere Bundesländer, wie Brandenburg oder Sachsen-Anhalt, verzichten auf diese Art der Forschungseinrichtungen. In Thüringen hingegen sind sie mitentscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg, damit Innovationen auch für kleinere Unternehmen, die selbst keine Forschungs- und Entwicklungsabteilung besitzen, umsetzbar bleiben.

Es gibt insgesamt neun Institute, die dem Forschungsverbund in Thüringen angehören.

Das Spektrum der Institute reicht bspw. vom Thüringischen Institut für Textil- und Kunststoff-Forschung e.V. (TITK) über die Gesellschaft für Fertigungstechnik und Entwicklung Schmalkalden e.V. (GFE), die in den ersten beiden Etappen der Tour bereits besucht worden sind.

Die aktuellen Herausforderungen für die wirtschaftsnahen Forschungsinstitute sind, wie überall, die explosionsartig steigenden Energiekosten. Aber auch die Suche nach Fachkräften für die Forschung in den Regionen ist eine ständige Aufgabe. Deshalb sind einige Forschungsinstitute dazu übergegangen, nun selbst bspw. Informatiker*innen auszubilden oder Forschungslehrstühle mit den Fachhochschulen gemeinsam zu finanzieren.

Olaf Müller wird sich nach seinen ersten Terminen beim TITK und der GFE für eine Freischaltung der landesspezifischen FTI-Förderrichtlinie einsetzen und auf Bundesebene den Antragsstopp der ZMI-Förderung beim Bundeswirtschaftsministerium noch einmal hinterfragen. Als weitere Hürde wurde die bisher nicht umgesetzte Anwendung des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes auf wirtschaftsnahe Forschungsinstitute thematisiert. Dieses benachteiligt die Institute u.a. bei der Anstellung von Forscher*innen gegenüber anderen Forschungsinstituten. Auch hier möchte der Abgeordnete auf politischer Ebene Verbesserungen im Sinne der Institute erreichen.

Der grüne Abgeordnete konnte viel über die Forschungsprozesse des TITK e.V. lernen.

Astrid Rothe-Beinlich | Bildung, Jugend und Sport, Asyl, Migration und Integration, Justiz sowie Aufarbeitung und Religion

SOLIDARITÄT MIT DEN MENSCHEN AUS DER UKRAINE

Seit Beginn des furchtbaren Angriffskrieges gegen die Ukraine ist die Welt für Millionen ukrainischer Kinder und Jugendliche und ihre Familien nicht mehr dieselbe. Sechs Millionen Menschen, vor allem Ältere, Frauen und deren Kinder, sind bis Mitte Mai vor den russischen Angriffen geflohen, etwa 730.000 davon nach Deutschland. Wie lange sie bleiben müssen oder wollen, das wissen wir bislang nicht. Was wir wissen ist, dass diese Menschen Sicherheit und Schutz benötigen.

Ukrainische Geflüchtete in Thüringen menschenwürdig aufnehmen

Die erstmals angewandte EU-Massenzustromrichtlinie führt positiverweise dazu, dass die Ukrainer*innen kein langwieriges Asylverfahren durchlaufen müssen. Sie erhalten eine Aufenthaltserlaubnis, in der Regel für zwei Jahre, die um ein Jahr verlängert werden kann. Schwierigkeiten bereitet allerdings die Registrierung in den Kommunen, da diese auf so viele Geflüchtete nicht vorbereitet waren und die elektronischen Registrierungsgeräte nicht ausreichten. Thüringen hat seine Kapazitäten in der Erstaufnahme ausgebaut. Neben Suhl und Eisenberg wurde in Hermsdorf eine weitere Einrichtung in Betrieb genommen. Bei der Unterbringung ist das Engagement der Bevölkerung und der Kommunen beachtenswert. Viele städtische Wohnungsgesellschaften, lokale Initiativen und Privatpersonen haben schnell Geflüchtete aufgenommen, während in Erfurt bspw. Menschen auch in Turnhallen untergebracht werden.

Das Land hat sich unkompliziert bereit erklärt, die den Kommunen entstehenden Mehrkosten zu übernehmen. Gerade in Krisenzeiten zeigt sich, wie wichtig die Integrationsstrukturen, Vereine und Fördermaßnahmen sind, die wir in den letzten Jahren aufgebaut und unterstützt haben.

Das Recht auf Bildung umfassend garantieren

Für die ukrainischen Kinder und Jugendlichen gilt es ganz besonders, seelischen Beistand zu gewährleisten. Das birgt eine große Herausforderung für unsere Kindergärten und Schulen, da das Recht auf Bildung und die Schulpflicht für die ukrainischen Kinder und Jugendlichen genauso wie für alle anderen gelten. Wir setzen hier für das kommende Schuljahr auf frühzeitige Integration in frühkindliche und schulische Bildungsangebote sowie Angebote der Erwachsenenbildung. Es braucht dazu eine Ausweitung der Rahmenkapazitäten der Kindergärten und zusätzliches Personal. Die Sprachförderung in Deutsch als Zweitsprache und die muttersprachliche Bildung müssen ausgebaut werden. Gleichzeitig gilt es, durch vereinfachte Anerkennungsverfahren den Einsatz ukrainischer Erzieher*innen und Lehrkräfte einfacher zu ermöglichen.

Während der Ausbau schulpsychologischer Kapazitäten, die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Anmietung von weiteren Räumen bspw. Schullandheimen und Jugendbildungsstätten deutlich mehr Mittel benötigen, sind das Migrations- und Bildungsressort der Landesregierung besonders von der globalen Minderausgabe betroffen, die zu massiven Einsparungen in den Haushalten zwingt. Es gilt nun entweder durch ein Sondervermögen oder einem gestärkten neuen Haushalt ab 2023, diese Mehrkosten abzufedern, um unsere Kommunen und Vereine nicht allein zu lassen. Wir müssen Mut haben, in Bildung, Integration und Zukunft zu investieren.

Strategien und Maßnahmen gegen häusliche Gewalt

WIR SIND UNSCHLAGBAR

In den vergangenen Monaten haben wir uns als Fraktion intensiv mit dem Thema häusliche Gewalt auseinandergesetzt. Häusliche Gewalt ist keine individuelle Angelegenheit und findet in allen sozialen Schichten, Altersklassen und Milieus gleichermaßen statt. Es ist ein gesellschaftliches Problem, von dem durch vorherrschende patriarchale Machtstrukturen insbesondere Frauen und Kinder betroffen sind. Daher ist eine intensive, öffentliche Debatte zu dieser Thematik wichtig. In verschiedenen Veranstaltungen haben wir dieses wichtige Thema mit Betroffenen und unterschiedlichen Referent*innen diskutiert. Bereits im Juni 2021 haben wir bei unserem ersten Kongress mit Expert*innen aus Gesellschaft und Wissenschaft über den Stand der Umsetzung der Istanbul-Konvention in Thüringen, die Herausforderungen von Betroffenen von häuslicher Gewalt sowie Perspektiven für Prävention und Schutz gegen häusliche Gewalt in Thüringen gesprochen. Am 20. Mai fand ein zweiter Kongress unter dem Titel WIR SIND UNSCHLAGBAR statt. Im Zuge des ersten Kongresses entstand ein Maßnahmenpapier. Das Ziel des zweiten Kongresses war die Auseinandersetzung mit dessen Inhalt. Die spannenden Diskussionen an den Thementischen drehten sich konkret darum, notwendige Strategien und Maßnahmen gegen häusliche Gewalt in Thüringen herauszuarbeiten. Eingeladen waren dabei Engagierte und Verantwortliche aus Thüringer Initiativen, Organisationen, Fachstellen, Ämtern und alle am Thema interessierten Menschen.

Was ist die Istanbul-Konvention?

Die Istanbul-Konvention wurde 2011 als völkerrechtlicher Vertrag zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in Istanbul ausgefertigt, 2017 in Deutschland ratifiziert und trat 2018 gesetzlich in Kraft.

Die 81 Artikel der Istanbul-Konvention enthalten umfassende Verpflichtungen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, zum Schutz der Opfer und zur Bestrafung der Täter*innen.

In Deutschland …

… wählt alle 5 Minuten eine Frau den Notruf aufgrund häuslicher Gewalt.

… versucht jeden Tag ein Mann, seine (Ex-) Frau umzubringen.

… tötet jeden 3. Tag ein Mann seine (Ex-) Frau.

ASTRID ROTHE-BEINLICH

Fraktionsvorsitzende und justizpolitische Sprecherin:

„Die im Mai vom BKA veröffentlichen Zahlen zur häuslichen Gewalt haben gezeigt, dass das Thema aktuell wie nie ist. Auch im zweiten Jahr der Pandemie verzeichnen die Behörden einen deutlichen Anstieg von Fällen häuslicher Gewalt. Die Gründe für diesen Zuwachs sind vielschichtig, dies haben wir beim ersten Kongress bereits herausgearbeitet. Deutlich wird, dass wir die Maßnahmen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt und zum Schutz der Opfer weiter verstärken müssen.“

MADELEINE HENFLING

Kommunal- und innenpolitische Sprecherin:

„Es gibt Dinge, die wissen wir schon seit 20 Jahren. Es ging beim Kongress nicht darum, etwas Neues zu erzählen, sondern Druck zu erzeugen und wirkliche Maßnahmen herauszuarbeiten. Ich denke, dass wir mit einem Programm auf Landesebene eine Strategie festlegen können, um in den bestehenden Strukturen die finanzielle Förderung zu versteticlustern und zu schauen, was wir auf Landesebene angehen können.“

LAURA WAHL

Frauen- und gleichstellungspolitische Sprecherin:

„Es wurde sehr deutlich, dass das Thema häusliche Gewalt ressortübergreifend in einer Landesstrategie bearbeitet werden muss. Das wirklich Wichtige ist jetzt, die Player zu identifizieren: Wer ist für was zuständig? Die bestehenden Strukturen müssen besser ineinandergreifen. Wir haben noch viel zu tun. Uns treibt vor allem die Motivation an, für Gerechtigkeit zu sorgen.“

Die wichtigsten Forderungen, die die Teilnehmer*innen herausgearbeitet haben:

Opferschutz und Frauenhäuser

1) Verbesserte Verteilung der Fördergelder
2) Verbesserung des Zugangs von Frauenhäusern
3) Enttabuisierung und Aufklärung

Opferschutz und Täter*innenprävention

1) Erstellung einer Homepage mit Bündelung der Angebote
2) Verbesserung der institutionellen Zusammenarbeit und Informationsweitergabe der Täter*innen
3) Fortbildungen in der Polizei

Justiz und Rechtsgrundlagen

1) Vereinheitlichung verfahrensrechtlicher Strukturen
2) Klärung der Problematik von Kosten für Opferschutzverfahren
3) Fortbildungen für Staatsanwält*innen und Richter*innen

BÜRGER*INNEN-RECHTE STÄRKEN

Wenn es um die Innere Sicherheit geht, dreht sich die Debatte meist nur um Gesetzesverschärfungen, die Erhöhung des Strafrahmens oder Verbote. Unsere Fraktion setzt solchen Debatten einen wissenschaftsbasierten, bürger*innenrechtsfreundlichen und präventiven Ansatz entgegen.

Keine Ausweitung der Videoüberwachung

Im Herbst 2020 brachte die CDU-Fraktion den Antrag „Sicherheitsempfinden der Menschen stärken – Videoüberwachung im öffentlichen Raum zur Gefahrenabwehr“ in den Landtag ein, den wir von Beginn an kritisch sahen. Im Ausschuss wurde der Antrag ausführlich mit Expert*innen diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass die Videoüberwachung nur bedingt geeignet ist, um die Sicherheit und das Sicherheitsempfinden der Menschen zu stärken.

Wenn überhaupt ein nachhaltiger Effekt mit Videoüberwachung erreicht werden kann, dann nur, wenn die Sicherheitsbehörden direkt reagieren könnten. Es müsste also eine Live-Beobachtung stattfinden, die unmittelbar zum Einsatz von z.B. Polizist*innen führt. Sinnvoll ist eine solche Maßnahme nur an wirklichen Kriminalitätsschwerpunkten, weil sie sehr personalintensiv ist. Zudem fehlen für eine fundierte wissenschaftliche Bewertung solcher Maßnahmen die Grundlagen.

Antrag Videoüberwachung:

Aus unserer Sicht kann eine Videoüberwachung deshalb nur in Betracht gezogen werden, wenn vorher alle anderen Maßnahmen, wie z. B. eine regelmäßige Bestreifung, bauliche Veränderungen im öffentlichen Raum oder der vermehrte Einsatz von Sozialarbeiter*innen nicht zum Erfolg geführt haben. Das ist aus unserer Sicht in Thüringen nicht der Fall. Es ist deshalb nur richtig gewesen, den populistischen Antrag der CDU abzulehnen.

Defizite bei der Erfassung politisch motivierter Kriminalität

Anfang Mai wurde die Statistik politisch motivierter Kriminalität (PMK) für 2021 vorgestellt und erstmals die Kriterien des bundesweiten Definitionssystems veröffentlicht.

1.280 rechte Straftaten wurden erfasst, darunter 785 Propagandadelikte und 60 Gewalttaten. Es muss aber davon ausgegangen werden, dass ein hohes Dunkelfeld, insbesondere rechter, rassistischer, antisemitischer und queerfeindlicher Taten besteht. Allein die Opferberatungsstelle ezra zählt doppelt so viele Angriffe. Verwunderlich ist zudem, dass die 1.017 Straftaten in Zusammenhang mit sog. Querdenkern oder Reichsbürgern zwar als politisch motivierte Gewalt erkannt wurden, aber nicht der rechten Szene zugeordnet werden. Obwohl es bei den Demonstrationen deutlich wurde, dass ein Großteil der Menschen der rechten Ideologie zugeordnet werden konnte.

Ezra Jahresstatistik 2021:

Erstmals wurde mit der PMK-Statistik auch das Definitionssystem veröffentlicht, was uns einen Einblick in die Zuordnung von Fällen in die Statistik gab. Dabei zeigte sich erneut, dass das Definitionssystem deutliche Defizite hat. Hasskriminalität wird weiterhin unzureichend erfasst. Es braucht endlich eine grundlegende Reform der PMK-Statistik mit einer besseren Erfassungsgrundlage und einer guten Schulung der Polizeibeamt*innen. Für diese Reform werden wir uns in den nächsten Monaten einsetzen.

WIE WEITER MIT DER THÜRINGER AGRARSTRUKTUR?

Das Problem

Die Thüringer Agrarstruktur wird von der Übernahme landwirtschaftlicher Betriebe durch außerlandwirtschaftliche Investoren bedroht. In immer kürzer werdenden Abständen werden solche Betriebsverkäufe bekannt. Unternehmen, wie bspw. ALDI, kaufen Betriebe auf, zu denen Ackerland gehört. Damit unterlaufen Investoren das vom Bund festgelegte Ziel einer breiten Streuung des Eigentums an Grund und Boden. Das sorgt für vielerlei Probleme: Zum einen können sich Landwirt*innen die immer höher werdenden Preise für Ackerland nicht mehr leisten. Zum anderen haben Junglandwirt*innen, die einen eigenen Betrieb aufbauen möchten, sehr schwer Zugang zu Land. Gerade für die Landwirt*innen ist es wichtig, dass die Bodenpreise nicht weiter explodieren.

Die Lösung

Diesen Missständen kann ein Landesgesetz abhelfen, da das Bodenrecht seit 2006 Ländersache ist. Hierzu liegen bereits Vorschläge von Seiten des Thüringer Landwirtschaftsministeriums sowie der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft vor. Unser Ziel ist es, dass Ackerland in Bauernhand bleibt und Großinvestoren ein Riegel vorgeschoben wird. Dafür braucht es eine Regelung in Thüringen, auch wenn es sich um einen komplexen Sachverhalt handelt – und dass noch vor der nächsten Legislatur. Ein erster Schritt hierzu war unser Fachgespräch im April, zu dem das Landwirtschaftsministerium, unsere Koalitionspartner*innen sowie Vertreter*innen aus Bauernverband und Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) eingeladen waren. In spannenden Debatten wurde vor allem eines deutlich: Wir müssen in der Koalition noch offene Fragen zusammentragen und mit diesem Fragenkatalog zu einem Gesetzentwurf kommen. Dazu braucht es die Unterstützung von Bauernverband sowie der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, um mögliche „Fallstricke“ frühzeitig zu erkennen und zu beachten. Mit unserem Fachgespräch haben wir den Prozess angestoßen. Nun gilt es, den Weg fortzusetzen. Dafür müssen ebenfalls Gespräche mit CDU-Fraktion und FDP-Gruppe stattfinden, sowie weitere Runden mit Vertreter*innen der beteiligten Partner*innen aus der Landwirtschaft. Ohne Kompromisse wird es nicht gehen. Doch wir sind optimistisch, gemeinsam noch in dieser Legislatur ein Agrarstukturgesetz vorzulegen. Dabei dürfen wir nicht das Ziel aus den Augen verlieren: Aufkäufe von landwirtschaftlichen Unternehmen durch Großinvestoren. Sie sind der Kern des Problems.

FERIEN IN THÜRINGEN

Zu Fuß

Die Wandermöglichkeiten im Grünen Herzen Deutschlands sind nahezu unbegrenzt. Mit etwa 100.000 Wander*innen jährlich ist der Rennsteig, der Höhenweg des Thüringer Waldes, einer der meistbegangenen Weitwanderwege. Vom Eisenacher Ortsteil Hörschel am Ufer der Werra reicht der ca. 170 Kilometer lange Weg bis nach Blankenstein. Auch andere Wanderwege in Thüringen sind einen Besuch wert. So zum Beispiel die Drachenschlucht bei Eisenach und der sagenumwobene Kyffhäuserweg im Norden des Landes. Oder wie wäre es mit einem Spaziergang in der Luft? Hierzu lädt der zweitlängste und höchste Baumkronenpfad in Deutschland im UNESCO-Weltkulturerbe Nationalpark Hainich ein.

Zu Wasser

Neben tiefem Grün besticht Thüringen mit zahlreichen Möglichkeiten, das nasse Blau zu genießen. Wie wäre es mit einem Ausflug zum Hohenwarte-Stausee? Das sogenannte Thüringer Meer bietet neben Bootsausflügen viele Angebote zum Wassersport und zum Entspannen. Ebenfalls ein Erlebnis ist das Wasserwandern, das sowohl auf der Saale, als auch der Werra auf mehreren hunderten Kilometern möglich ist. Beim Paddeln auf den Wasseradern lässt sich die Thüringer Natur besonders gut genießen. Darüber hinaus lohnt es sich immer, einen der zahlreichen Seen oder Flüsse für einen Tagesausflug zu besuchen.

Auf vier Pfoten

Tierfreunde kommen in Thüringen auf ihre Kosten. Der alternative Bärenpark in Worbis ist dabei ein Highlight: Die dort lebenden Tiere, neben Bären beherbergt er ebenfalls Wölfe, stammen aus ehemals schlechter Haltung und finden im Park ein neues artgerechtes Zuhause inmitten der Natur. Ein weiterer Tipp ist das Wildkatzendorf Hütscheroda im Nationalpark Hainich. Neben den scheuen Tieren selbst gibt es auch Luchse zu bestaunen und darüber hinaus zahlreiche Informationen, die die Begeisterung für die wilden Katzen weckt.

Mit dem Rad

Auf zwei Rädern lässt sich ein Urlaub in Thüringen wunderbar verbringen, sei es bei Ausflügen oder beim Radwandern. Die Wege entlang der Flüsse garantieren tolle Erlebnisse. Oder wie wäre es mit dem 40 Kilometer langen Erneuerbare-Energien-Radweg im Saaleland, bei dem neben toller Landschaft zahlreiche informative Stationen zur Energiegewinnung warten?

Ein weiterer Tipp ist die Erkundung des Grünen Bandes. Das Naturmonument entlang der ehemaligen Grenze zwischen Ost und West bietet heute ein weltweit einzigartiges, zusammenhängendes Band vielfältiger Biotope. Auf den 763 Kilometern entlang des früheren Todesstreifen gibt es nicht nur zahlreiche geschützte Tierarten zu entdecken, sondern auch Museen und Denkmäler, die an die Geschichte erinnern.

TERMINE

Alle Infos und Termine gibt es auch auf der Internetseite der Fraktion:
▶ **www.gruene-thl.de**

2022
01.09.

Jahresempfang der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wir freuen uns, nach zwei Jahren Pandemie, endlich wieder in den Thüringer Landtag zu unserem Jahresempfang einladen zu können! Am 1. September 2022 seid Ihr herzlich willkommen, mit uns einen entspannten Abend mit angeregten Gesprächen, gutem Essen und Musik zu verbringen. Beginn ist 18.00 Uhr. Weitere Informationen findet Ihr auf unserer Website! Anmeldungen sind bereits jetzt unter veranstaltungen@gruene-thl.de möglich.

2022
28.11.

Kongress zu Verfassungspolitik und Chancen der Demokratie auf Landesebene

„Mitbestimmung, Demokratie und Landesverfassung“

Am 28. November 2022 laden wir zu unserem Verfassungskongress in das Kulturzentrum mon ami in Weimar ein. Dabei möchten wir unter anderem diskutieren, welche Chancen Landesverfassungen bieten und wie Bürger*innenbeteiligung aussehen kann. Meldet Euch an und diskutiert mit, wie demokratische Mitbestimmung gelebt und genutzt wird!

DIE ABGEORDNETEN DER FRAKTION

Astrid Rothe-Beinlich

Fraktionsvorsitzende

Sprecherin für Bildung, Jugend und Sport, Asyl, Migration und Integration, Justiz sowie für Aufarbeitung und Religion

Telefon: 0361/37-72663
E-Mail: astrid@rothe-beinlich.de

Madeleine Henfling

Parlamentarische Geschäftsführerin

Vizepräsidentin des Thüringer Landtags

Sprecherin für Innenpolitik und Kommunales, Demokratie und Antifaschismus, Europa und Kultur, Medien, Netzpolitik und Datenschutz

Telefon: 0361/37-72675
E-Mail: madeleine.henfling@gruene-thl.de

Olaf Müller

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Sprecher für Haushalt und Finanzen, Wirtschaft und Wissenschaft, Tourismus, Petitionen

Telefon: 0361/37-72674
E-Mail: olaf.mueller@gruene-thl.de

Babette Pfefferlein

Stellvertretende Parlamentarische Geschäftsführerin

Sprecherin für Soziales, Arbeit, Gesundheit, Drogenpolitik, Familie, Senioren, Menschen mit Behinderungen, Infrastruktur, Ländlicher Raum, Landwirtschaft, Forsten, Tier- und Verbraucherschutz

Telefon: 0361/37-72681
E-Mail: babette.pfefferlein@gruene-thl.de

Laura Wahl

Sprecherin für Verkehr, Umwelt, Energie, Naturschutz, Frauen-, Gleichstellungs- und Queerpolitik sowie den Verfassungsausschuss

Telefon: 0361/37-72672
E-Mail: laura.wahl@gruene-thl.de

Impressum hinterGRÜNde V.i.S.d.P.: Anika Schidda

Fraktionszeitung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Telefon: 0361/37-72670, E-Mail: info@gruene-thl.de

Druckunterlagenschluss: Juni 2022 | Layout/Satz: www.kleinearche.de
Fotos: Landtagsfraktion, Titel Abellio: Rob Dammers/Mehrhoog Abellio ET 25 2306 ABR20032 naar Arnhem, CC BY 2.0, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=66189705 Shutterstock, Pixabay

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden. Wir nutzen Ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit. Nachfragen oder Widersprüche an: datenschutz@gruene-thl.de

DIE MITARBEITER*INNEN DER FRAKTION

Geschäftsstelle

Dr. Anna-Lisa Neuenfeld
Fraktionsgeschäftsführerin und Grundsatzfragen
Telefon: 0361/37-72669
E-Mail: anna-lisa.neuenfeld@gruene-thl.de

Ines Birkmann
Referentin der Fraktion
Telefon: 0361/37-72670
E-Mail: ines.birkmann@gruene-thl.de

Beate Blumenstein
Referentin des Fraktionsvorstands und für Petitionen
Telefon: 0361/37-72660
E-Mail: buerofravosi@gruene-thl.de

Beatrice Sauerbrey
Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung, der Vizepräsidentin des Thüringer Landtags, Referentin für Europapolitik
Telefon: 0361/37-72676
E-Mail: beatrice.sauerbrey@gruene-thl.de

Pressestelle

Anika Schidda
Pressesprecherin
Telefon: 0361/37-72666
E-Mail: anika.schidda@gruene-thl.de

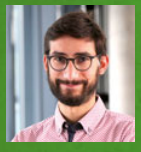
Christian Herrmann
Stv. Pressesprecher, Referent für Presse-/Öffentlichkeitsarbeit
Telefon: 0361/37-72690
E-Mail: christian.herrmann@gruene-thl.de

Anne Marie Zang
Referentin für Social Media und Onlinekommunikation
Telefon: 0361/37-72656
E-Mail: anne-marie.zang@gruene-thl.de

Marcus Neumann
Referent für Veranstaltungsmanagement
Telefon: 0361/37-72654
E-Mail: marcus.neumann@gruene-thl.de

Besucht uns auch auf Social Media!
www.facebook.com/gruenethl
www.instagram.com/gruenethl
www.twitter.com/gruenethl
www.youtube.com/gruenethl

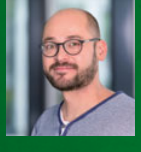
Parlamentarische Beratung



Dr. Edoardo D'Alfonso Masarié
Referent für den Verfassungsausschuss
Telefon: 0361/37-72667
E-Mail: edoardo.dalfonsomasarie@gruene-thl.de

Angelina Ehlert
Referentin für den Untersuchungsausschuss 7/1 „Mafia"
Telefon: 0361/37-72661
E-Mail: angelina.ehlert@gruene-thl.de

Christian Foß
Referent für Kultur, Medien, Wissenschaft, Digitale Gesellschaft und Datenschutz
Telefon: 0361/37-72689
E-Mail: christian.foss@gruene-thl.de



Tino Gaßmann
Referent für Bildung, Jugend, Asyl- und Migrationspolitik
Telefon: 0361/37-72683
E-Mail: tino.gassmann@gruene-thl.de

Diana Hennig
Referentin für den Untersuchungsausschuss 7/3 „Politische Gewalt in Thüringen"
Telefon: 0176 47189371
E-Mail: diana.hennig@gruene-thl.de

Tobias Lange
Referent für Innen- und Kommunalpolitik
Telefon: 0361/37-72680
E-Mail: tobias.lange@gruene-thl.de

Andreas Leps
Referent für den Untersuchungsausschuss 7/2 „Treuhand in Thüringen"
Telefon: 0361/37-72692
E-Mail: andreas.leps@gruene-thl.de

Ralf Martin
Referent für Energie, Klima, Umwelt, Naturschutz und Sport
Telefon: 0361/37-72679
E-Mail: ralf.martin@gruene-thl.de

Jasper Robeck
Referent für den Untersuchungsausschuss 7/3 „Politische Gewalt in Thüringen"
Telefon: 0361/37-72671
E-Mail: jasper.robeck@gruene-thl.de

Gabriele Sondermann
Referentin für Soziales, Arbeit, Familie, Gesundheit, Verbraucherschutz und Gleichstellung
Telefon: 0361/37-72693
E-Mail: gabriele.sondermann@gruene-thl.de